



Berlin, 9. September 2005

GdP zum 4. Jahrestag des 11. September 2001

„Auch in Deutschland müssen wir mit Anschlägen rechnen“

Berlin. Vor „Ermüdungserscheinungen“ in der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus vier Jahre nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York warnt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg.

Freiberg: „Die Terroranschläge am 11. September 2001 haben in den USA rund 3000 Todesopfer gefordert. Islamistische Terroristen brachten in den vergangenen vier Jahren rund um den Globus mindestens noch einmal die gleiche Anzahl Menschen um. Sie tun es überall und werden es immer wieder tun.“

Deutschland dürfe sich nicht in einer trügerischen Sicherheit wähnen. Freiberg: „Madrid und London waren grausige Warnungen. Ein halbes Dutzend geplanter Anschläge in Europa, darunter auch in Deutschland, konnten bisher verhindert werden. Dass unser Land bisher von Anschlägen verschont wurde, ist dem immensen Fahndungs- und Verfolgungsdruck der Sicherheitsbehörden zu verdanken.“

Mit Sorge beobachte die GdP, wie einzelne Parteien aus wahltaktischen Gründen das gesetzliche Instrumentarium zur Terrorismusbekämpfung einschränken wollen. Auch höchste Richter hätten mit ihrer Rechtsprechung die Bekämpfung des Terrorismus erschwert. In den Bundesländern werde ungehemmt Polizei abgebaut. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Jenseits der politischen Lippenbekenntnisse wird die Arbeit für die Polizei immer schwieriger. Hoffentlich bekommen wir nicht eines Tages die Quittung dafür.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190